



Bayern verstärkt Kampf gegen Antibiotika-Missbrauch

Bayern verstärkt Kampf gegen Antibiotika-Missbrauch
Bayern unterstützt Gesetzentwurf des Bundes und startet eigenes Aktionsbündnis
17 Partner einigen sich auf interdisziplinäres Grundsatzpapier
Bayern begrüßt den heute von Bundesagrarministerin Ilse Aigner vorgelegten Gesetzentwurf zu Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes. "Das neue Arzneimittelgesetz wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Antibiotika-Einsatz deutlich zu senken. Der Bund kann auf die Unterstützung Bayerns zählen", betonte der Bayerische Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber. Huber setzt auch auf eine verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung für die Thematik: "Wir dürfen nicht bei der Zählung der verkauften Antibiotika aufhören. Es braucht einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. Nicht jede Krankheit muss mit Antibiotika behandelt werden - das schließt auch die Humanmedizin ein." Deshalb müssten auch bundesweit in der Humanmedizin weitere Maßnahmen umgesetzt werden. So fordert Bayern das Bundesgesundheitsministerium auf, die im vergangenen Jahr mit der Novelle des Infektionsschutzgesetzes neu festgeschriebene Kommission "Antiinfektiva, Resistenz und Therapie" umgehend einzurichten. Deren Ziel ist es, auf Bundesebene Empfehlungen u. a. zum Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin zu erarbeiten.
Um die Wirksamkeit von Antibiotika bei der Behandlung von Krankheiten zu erhalten, setzt Bayern auf ein breites Bündnis. Dazu haben sich 17 Vertreter aus Human- und Veterinärmedizin, Pharmazie, Agrarwirtschaft und Verbrauchervereinigungen zusammengeschlossen und ein gemeinsames Positionspapier entwickelt. Gemeinsames Ziel ist, einen übermäßigen und unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika zu vermeiden, um somit die Entstehung von Resistenzen zu vermeiden. "Antibiotika sind unverzichtbar, denn sie heilen Krankheiten bei Mensch und Tier. Ihre Wirksamkeit müssen wir auch in Zukunft erhalten", so Huber. "Wir wollen die Bildung von Resistenzen bereits im Vorfeld vermeiden: Nicht jede Erkältung muss mit einem Antibiotikum behandelt werden. Wer Tiere artgerecht hält und ein umfassendes Betriebsmanagement konsequent anwendet, kann den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ebenfalls deutlich reduzieren."
Das bayerische Bündnis gegen Antibiotikaresistenzen umfasst alle Lebensbereiche, von der Prävention bis zur Behandlung von Krankheiten, von der Tierhaltung bis zur Produktion von Lebensmitteln. Huber: "In dieser Breite ist unser Bündnis deutschlandweit einmalig." Das gemeinsame Positionspapier der Bündnispartner "Konsensusstatement zur nachhaltigen Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen" sieht verschiedene Maßnahmen aus dem Bereich Veterinär- und Humanmedizin und Lebensmittelwirtschaft vor. Schon ein gutes Betriebshygienemanagement könnte helfen, den Bedarf einer Behandlung mit Antibiotika zu verringern. Zudem ist ein gutes Hygienemanagement in medizinischen Einrichtungen unerlässlich, um Infektionen vorzubeugen und damit den Einsatz von Antibiotika zu reduzieren. Das Positionspapier wird morgen auf einem Interdisziplinären Symposium Antibiotikaresistenz in Erlangen offiziell vorgestellt
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG)
Rosenkavalierplatz 2
81925 München
Telefon: (089) 9214 - 0
Telefax: (089) 9214-2266
Mail: poststelle@stmlu.bayern.de
URL: <http://www.stmug.bayern.de/impressum/index.htm>

Pressekontakt

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG)

81925 München

stmug.bayern.de/impressum/index.htm
poststelle@stmlu.bayern.de

Firmenkontakt

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG)

81925 München

stmug.bayern.de/impressum/index.htm
poststelle@stmlu.bayern.de

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV) wurde am 14.10.2003 vom Bayerischen Landtag geschaffen. Sein ganzheitlicher Aufgabenzuschnitt ist einmalig in Deutschland. Es trägt Verantwortung für den nachhaltigen Schutz des Menschen und seiner natürlichen Lebensgrundlagen: für den Schutz von Natur und Landschaft, von Boden, Wasser, Luft und Klima, für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, für Verbraucher- und Arbeitsschutz, für Tiergesundheit und Tierschutz, für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit. Das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist Bayerns Ministerium für Mensch und Umwelt.